

Beansprucht der Staat zu viel private Ersparnisse?	177
Neue Perspektiven für das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu Lateinamerika? ..	186

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 13·14 / 82

Berlin

8. April 1982

49. Jahrgang

Stajler

Beansprucht der Staat zu viel private Ersparnisse?

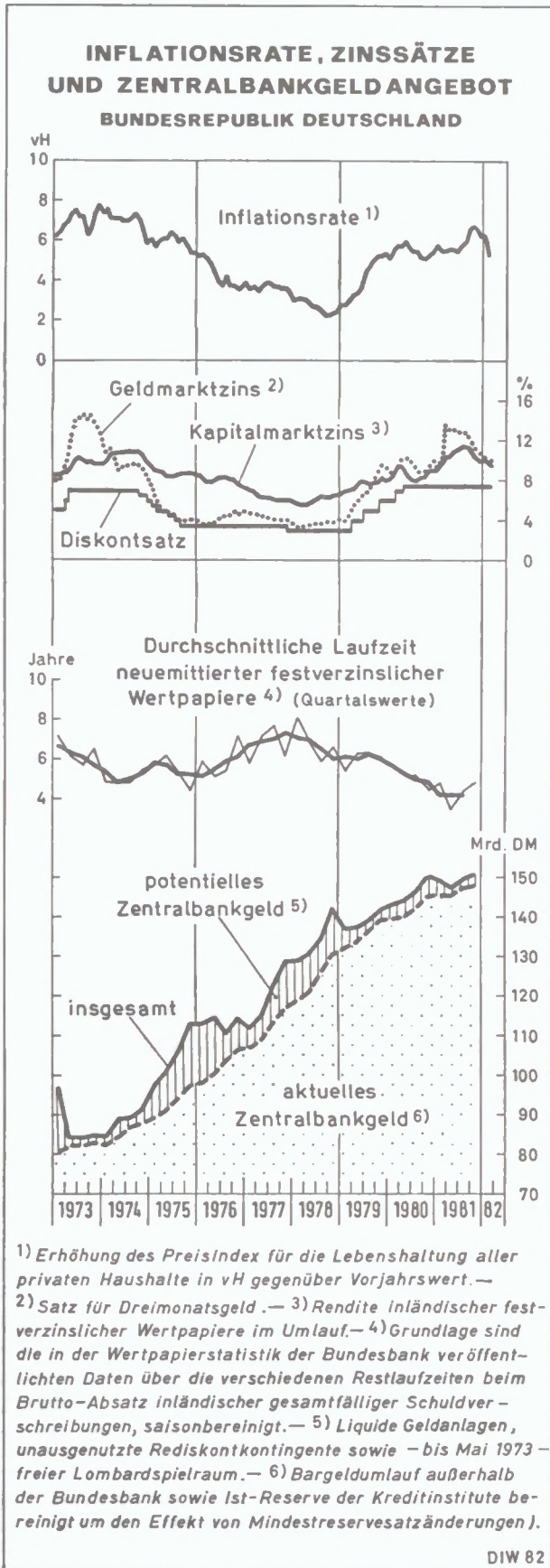
Nach der drastischen Ölverteuerung von 1978/79 haben sich nicht nur die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten, sondern auch die Fremdfinanzierungsbedingungen der Unternehmen fühlbar verschlechtert. Die Verschlechterung der Fremdfinanzierungsbedingungen wird häufig unter anderem mit der These begründet, daß der Staat wegen steigender Defizite immer mehr private Ersparnisse an sich ziehe und den Investoren in der gewerblichen Wirtschaft und im Wohnungswesen vorenthalte. Im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Kreislauf- und Finanzierungsrechnung läßt sich jedoch zeigen, daß die aus dieser These abgeleitete Therapie, ausgerechnet in einer Rezession eine Kürzung der Staatsdefizite erzwingen zu wollen, die Eigenkapitalbasis der Unternehmen noch mehr untergräbt. Dagegen wird die Finanzierung der Wirtschaft erleichtert, wenn der Staat den Kapitalmarkt schont, indem er, wie in den beiden letzten Jahren, vermehrt Auslandskredite aufnimmt oder, wie 1981, vorübergehend auf kurz- und mittelfristige Kredite ausweicht und dafür Anleiheschulden tilgt.

Finanzierungssituation der Unternehmen erheblich verschlechtert

In den letzten anderthalb Jahrzehnten ist die Eigenkapitaldecke der Wirtschaft sehr viel dünner geworden. Nach den Schätzungen der Deutschen Bundesbank ist der Anteil der Eigenmittel am Bilanzvolumen der bilanzstatistisch erfaßten Unternehmen¹ von rund 30 vH auf rund 20 vH geschrumpft. Diese Tatsache hat gerade in jüngster Zeit Schlagzeilen gemacht, da in ihr ein wichtiges „Investitionshemmnis“ gesehen wird. Die Aktualität dieser Diskussion wird durch die Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) unterstrichen. In den Jahren 1980 und 1981 nahmen die unverteil-

ten Gewinne der Unternehmen nicht mehr zu wie in den Vorjahren, sondern sie sanken beträchtlich, um jeweils rund 11 Mrd. DM (Vgl. Tabelle 1.1, Konto „Unternehmen: Investitionen . . .“, oberste Zeile). Mit den unverteilten Gewinnen wurde auch die „Selbstfinanzierungsquote“, d. h. die Relation zwischen den, auch die Abschreibungen umfassenden, Eigenmitteln und den Bruttoinvestitionen, gedrückt. In jenem Bereich, der auf Eigenfinanzierung beson-

¹ Ohne Bundesbahn, Bundespost, Landwirtschaft und Dienstleistungsbetriebe. Quelle: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank für November 1980. Vgl. auch den Monatsbericht für März 1982, in dem über die aktuellen Unternehmenserträge berichtet wird.



ders angewiesen ist, nämlich den Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft, verringerte sich die Selbstfinanzierungsquote von 106 vH im Jahre 1978 auf 86 vH im Jahre 1980; bei rückläufigen Investitionen (– 14 Mrd. DM) stieg sie im Verlauf von 1981 wieder etwas an, auf 92 vH (vgl. Tabelle 2.1, vorletzte Zeile). Im Durchschnitt der letzten drei Jahre war die Selbstfinanzierungsquote mit 90 vH deutlich niedriger als im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1978 (97 vH). Diese Zahlen vermitteln allerdings ein zu günstiges Bild von der Selbstfinanzierungssituation; denn die in den Eigenmitteln enthaltenen Abschreibungen dienen ja letztlich nur zur Finanzierung der Ersatzinvestitionen. Die „Nettoselbstfinanzierungsquote“ (Eigenmittel ohne Abschreibungen in vH der Nettoinvestitionen) dürfte erheblich niedriger gewesen sein (Schätzung für 1976 bis 1978: 91 vH, für 1979 bis 1981: 73 vH). Wegen der Probleme bei der Bewertung von Abschreibungen und Ersatzinvestitionen ist allerdings in den Tabellen auf Zahlenangaben verzichtet worden².

Der Druck auf die Selbstfinanzierungsquote fällt um so mehr ins Gewicht, als sich von Frühjahr 1978 bis Sommer 1981 die Fremdfinanzierungskonditionen fühlbar verschlechterten. Der Kapitalzins (Rendite festverzinslicher Wertpapiere) stieg von 6,5 % im Jahre 1977 auf 11,5 % im Jahre 1981. Zum Teil, so vor allem während des Jahres 1979, reflektiert dieser Anstieg des Nominalzinses die Verstärkung der Inflation; immerhin ist auch der „Realzins“, der sich nach Abzug der Verbraucherpreissteigerung ergibt, merklich gestiegen, von 2,5 % im Jahre 1977 auf 4,5 % im Jahre 1981. Im gleichen Zeitraum hat sich die durchschnittliche Laufzeit neuemittierter festverzinslicher Wertpapiere von 7 auf 4 Jahre verkürzt (vgl. Abbildung „Inflationsrate . . .“).

Die Verschlechterung der Gewinnlage und der Fremdfinanzierungsbedingungen spiegeln sich in der Finanzierungsrechnung für die Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft wider, vergleicht man die Periode 1976 bis 1978, die überwiegend noch im Zeichen der finanziellen Auflockerung stand, mit der Periode der finanziellen Anspannung von 1979 bis 1981 (vgl. Tabelle 2.1).

Das Pendant zur Verminderung der Selbstfinanzierungsquote ist die Zunahme des Finanzierungsdefizits von 14 Mrd. auf 58 Mrd. DM. Diese globale Größe ist freilich ein Saldo von einzelwirtschaftlichen Defiziten und Überschüssen innerhalb des Unternehmensbereichs. Neben Unternehmen, die

² Da die Abschreibungen (= Ersatzinvestitionen) in der VGR nicht zu Anschaffungs-, sondern zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet sind, werden Gewinne und Nettoinvestitionen unterzeichnet.

Kredite zur Investitionsfinanzierung brauchen, gibt es zahlreiche Unternehmen, die Überschüsse erwirtschaften und nicht (nur) zu Sachinvestitionen, sondern (auch) zur Bildung finanzieller Reserven verwenden³. Außerdem werden von exportierenden Unternehmen sehr viel kurz- und längerfristige Kredite an das Ausland gewährt; diese Kreditgewährung hat sich von 37 Mrd. auf 58 Mrd. DM vergrößert. Aus diesen Gründen übertraf die gesamte Kreditaufnahme (Zunahme der Verpflichtungen) in beiden Vergleichszeiträumen das globale Finanzierungsdefizit der Unternehmen beträchtlich.

Die Verknappung und Verteuerung von Fremdmitteln hat ihre Spuren in der Fristigkeitsstruktur von Krediten und Anlagen hinterlassen. Während die Unternehmen den Rückgriff auf langfristige Bankkredite einschränkten (von 71 Mrd. auf 58 Mrd. DM), verstärkten sie die Aufnahme von kurzfristigen Inlands- und Auslandskrediten beträchtlich (von 49 Mrd. auf 114 Mrd. DM); überdies wichen sie auf mittelfristige Bankkredite aus (+ 8 Mrd. DM gegenüber - 1 Mrd. DM). Ferner bewirkte die Zinserhöhung, daß die Unternehmen ihre Bestände an Bargeld und Sichteinlagen kaum noch aufstockten (5 Mrd. nach 23 Mrd. DM); allerdings wurden wegen der allgemeinen finanziellen Anspannung auch weniger längerfristige Bankeinlagen gebildet — trotz der relativ hohen Verzinsung von Termingeldern.

Weitaus stärker als die Unternehmen im engeren Sinne und zudem mehr in längerfristiger Form beanspruchte per Saldo die Wohnungswirtschaft die Kreditmärkte. Hier betrug das Finanzierungsdefizit in den letzten drei Jahren 171 Mrd. DM, gegenüber 108 Mrd. DM in den drei Jahren davor. 1981 ging die Kreditaufnahme der Wohnungswirtschaft jedoch kräftig zurück, bei immer noch steigenden Investitionsausgaben; wahrscheinlich hat die Verteuerung der Fremdfinanzierung viele Bauherren veranlaßt, mehr eigene Mittel einzusetzen.

Einen immer breiteren Raum nimmt der Staat als Kreditnehmer ein. Sein Finanzierungsdefizit stieg von 104 Mrd. DM in den Jahren 1976 bis 1978 auf 162 Mrd. DM in den Jahren 1979 bis 1981. Noch eindrucksvoller ist der Anstieg von 1977 (29 Mrd. DM) bis 1981 (fast 70 Mrd. DM).

Diese Zahlen über Umfang und Entwicklung des Staatsdefizits sind es, die gewöhnlich im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen. Zu kurz kommt meist die Struktur der staatlichen Kreditaufnahme. Immerhin hat der Staat in den letzten drei Jahren seine Ansprüche an die inländischen Kapitalmärkte (Anleihen und langfristige Darlehen) in — gemessen an den Defiziten — engen Grenzen gehalten: Er vergrößerte seine Nachfrage nach lang-

fristigen Bankkrediten nur wenig und wich in erheblichem Maße auf kurz- und mittelfristige Bankkredite aus. Weit mehr ins Gewicht fiel, daß der Nettoabsatz an öffentlichen Anleihen beträchtlich reduziert wurde; von 47 Mrd. DM in den Jahren 1976 bis 1978 auf 5,5 Mrd. DM in den letzten drei Jahren. 1981 wurde der Bruttoabsatz von den Tilgungen sogar übertroffen, so daß die Anleiheschulden des Staates sanken. Die Minderbeanspruchung der Kapitalmärkte war deshalb möglich, weil der Staat 1980 und 1981 sehr stark auf längerfristige Direktkredite des Auslandes, namentlich der OPEC-Länder, zurückgriff (48 Mrd. DM). Hätte sich der Staat in dieser Höhe unmittelbar bei inländischen Kreditgebern verschuldet, so hätten sich diese im Ausland refinanzieren müssen. Wegen der schmalen Eigenkapitaldecke und der angespannten Liquidität wäre aber die „Kreditkapazität“ der inländischen Kreditinstitute vermutlich so stark beansprucht worden, daß die Zinsen noch höher und langfristige Kredite noch knapper gewesen wären.

Dem Finanzierungsdefizit von Unternehmen, Wohnungswirtschaft und Staat stand ein gleich großer Finanzierungsüberschuß bei den privaten Haushalten und beim Sektor „Übrige Welt“ gegenüber. Der Finanzierungsüberschuß („Geldersparnis“) der privaten Haushalte erhöhte sich von 261 Mrd. DM in den Jahren 1976 bis 1978 auf 331 Mrd. DM in den letzten drei Jahren (vgl. Tabelle 2.2). Dabei haben die Kapitalmarktanlagen an Bedeutung gewonnen: Die Bestände an Bargeld und Sichtguthaben wurden sehr viel weniger als vordem vergrößert, und die Käufe von Sparbriefen und Wertpapieren nahmen ungewöhnlich stark, von 77 Mrd. auf 136 Mrd. DM, zu. An diesem insgesamt positiven Bild ändert nicht viel, daß die privaten Haushalte einen großen Teil ihrer Sparguthaben auf höherverzinsliche Terminkonten — hier ist die Reservepflicht für die Banken höher — umgeschichtet haben.

Bis 1978 hatte die Bundesrepublik Deutschland fast immer Leistungsbilanzüberschüsse erzielt, der Sektor „Übrige Welt“ somit beinahe ständig mit Finanzierungsdefiziten gegenüber der Bundesrepublik abgeschlossen. Dies hat sich nach der drastischen Rohölverteuerung 1978/79 schlagartig geändert: Die westdeutsche Leistungsbilanz passivierte sich beträchtlich, und der Sektor „Übrige Welt“ wies Finanzierungsüberschüsse auf. Wie erwähnt, ist vom Ausland ein großer Teil in der Bundesrepublik längerfristig als Darlehen an den Staat angelegt worden. Zum Teil, vor allem 1980,

³ Die Direktkreditbeziehungen innerhalb des Unternehmenssektors sind in der VGR leider nicht erfaßbar.

Tabelle 1.1

**Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssalden der volkswirtschaftlichen Sektoren
in der Bundesrepublik Deutschland**
— Mrd. DM —

	Ursprungswerte						Veränderungen					
	1976	1977	1978	1979	1980*	1981*	1976	1977	1978	1979	1980*	1981*
	Unternehmen⁷⁾: Aufwand und Ertrag											
Privater Verbrauch	623,6	669,6	713,9	766,4	821,6	861,3	46,2	46,0	44,3	52,5	55,2	39,7
Käufe des Staates ¹⁾	136,3	139,1	151,9	169,3	188,7	197,1	4,3	2,8	12,8	17,4	19,4	8,4
Ausfuhr	312,0	330,6	348,1	383,0	430,6	493,2	39,3	18,6	17,5	34,9	47,6	62,6
Bruttoinvestitionen	205,3	222,3	238,3	289,1	311,3	297,1	33,0	17,0	16,0	50,8	22,2	-14,2
Zinszahlung des Staates	17,5	20,5	21,5	24,2	28,7	36,0	3,3	3,0	1,0	2,7	4,5	7,3
Übertragungen ²⁾	49,5	55,4	64,1	70,1	70,3	70,6	7,8	5,9	8,7	6,0	0,2	0,3
Erträge, insgesamt	1 344,2	1 437,5	1 537,8	1 702,1	1 851,2	1 955,3	133,9	93,3	100,3	164,3	149,1	104,1
Personalausgaben, brutto ³⁾	501,3	536,3	572,8	617,5	665,9	696,0	36,4	35,0	36,5	44,7	48,4	30,1
Abgaben an den Staat ⁴⁾	194,4	216,3	232,2	250,6	258,8	259,8	21,0	21,9	15,9	18,4	8,2	1,0
Einfuhr	283,4	301,1	310,8	369,8	433,7	480,9	39,6	17,7	9,7	59,0	63,9	47,2
Abschreibungen	119,3	127,5	137,3	150,0	166,6	180,8	8,0	8,2	9,8	12,7	16,6	14,2
Aufwand, insgesamt	1 098,4	1 181,2	1 253,1	1 387,9	1 525,0	1 617,5	105,0	82,8	71,9	134,8	137,1	92,5
Erwerbseinkommen d. Staates	10,2	10,3	11,9	13,7	14,4	17,1	0,6	0,1	1,6	1,8	0,7	2,7
"Nettogewinne" ⁵⁾	235,6	246,0	272,8	300,5	311,8	320,7	28,3	10,4	26,8	27,7	11,3	8,9
dav.: Entnahmen	188,7	197,8	208,4	232,1	255,0	274,7	14,8	9,1	10,6	23,7	22,9	19,7
Unverteilte "Gewinne"	46,9	48,2	64,4	68,4	56,8	46,0	13,5	1,3	16,2	4,0	-11,6	-10,8
Aufwand u. "Nettogewinne"	1 344,2	1 437,5	1 537,8	1 702,1	1 851,2	1 955,3	133,9	93,3	100,3	164,3	149,1	104,1
	Unternehmen⁷⁾: Investitionen, Eigenmittel, Finanzierungssaldo											
Unverteilte "Gewinne" ⁵⁾	47,1	48,3	64,6	68,5	56,7	46,0	13,8	1,2	16,3	3,9	-11,8	-10,7
Abschreibungen	119,3	127,5	137,3	150,0	166,6	180,8	8,0	8,2	9,8	12,7	16,6	14,2
Eigenmittel	166,4	175,8	201,9	218,5	223,3	226,8	21,8	9,4	26,1	16,6	4,8	3,5
Bruttoinvestitionen	205,3	222,3	238,3	289,1	311,3	297,1	33,0	17,0	16,0	50,8	22,2	-14,2
Finanzierungssaldo	-38,9	-46,5	-36,4	-70,6	-88,0	-70,3	-11,2	-7,6	10,1	-34,2	-17,4	17,7
nachrichtlich: Selbstfinanzierungsquote ⁶⁾	81,1	79,1	84,7	75,6	71,7	76,3

1) Nettoinvestitionen und Verbrauch abzüglich Personalausgaben. - 2) Saldo von empfangenen und geleisteten laufenden und Vermögensübertragungen (ohne Abgaben an den Staat). - 3) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ohne Personalausgaben des Staates. - 4) Indirekte Steuern und Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. - 5) Einschließlich Saldo der Vermögensübertragungen. - 6) Eigenmittel in vH der Bruttoinvestitionen. - 7) Erfasst sind, soweit möglich, alle Transaktionen, die zum Einkommen aus privater und staatlicher Unternehmertätigkeit und aus Vermögen beitragen. - 8) Steuern und Sozialbeiträge. - 9) Bruttoeinkommen der Beschäftigten des Staates. - 10) 93 vH (maximale Auslastung) des gesamtwirtschaftlichen Potentials zu laufenden "Preisen" des Bruttosozialprodukts. - 11) In Preisen von 1970.

* Vorläufig.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung sowie Anlagevermögensrechnung des DIW.

Tabelle 1.2

Noch: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssalden der volkswirtschaftlichen Sektoren in der Bundesrepublik Deutschland
- Mrd. DM -

	Ursprungswert						Veränderungen					
	1976	1977	1978	1979	1980*	1981*	1976	1977	1978	1979	1980*	1981*
Private Haushalte												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	626,3	669,7	714,7	769,4	830,0	869,8	42,9	43,4	45,0	54,7	60,6	39,8
Entnahmen	188,7	197,8	208,4	232,1	255,0	274,7	14,8	9,1	10,6	23,7	22,9	19,7
Übertragungen ²⁾	155,8	169,5	176,2	183,6	194,6	209,3	9,3	13,7	6,7	7,4	11,0	14,7
Einnahmen	970,8	1 037,0	1 099,3	1 185,1	1 279,6	1 353,8	67,0	66,2	62,3	85,8	94,5	74,2
Verbrauch	623,6	669,6	713,9	766,4	821,6	861,3	46,2	46,0	44,3	52,5	55,2	39,7
Abgaben an den Staat ⁷⁾	259,8	282,4	297,0	317,7	348,7	371,6	29,8	22,6	14,6	20,7	31,0	22,9
darunter: Steuern	87,4	97,4	99,0	104,8	118,8	123,4	10,5	10,0	1,6	5,8	14,0	4,6
Ausgaben	883,4	952,0	1 010,9	1 084,1	1 170,3	1 232,9	76,0	68,6	58,9	73,2	86,2	62,6
Finanzierungssaldo	87,4	85,0	88,4	101,0	109,3	120,9	-9,0	-2,4	3,4	12,6	8,3	11,6
Staat												
Erwerbseinkommen	10,2	10,3	11,9	13,7	14,4	17,1	0,6	0,1	1,6	1,8	0,7	2,7
Abgaben an den Staat ⁸⁾	454,2	498,7	529,2	568,3	607,4	631,4	50,7	44,5	30,5	39,1	39,1	24,0
darunter: Steuern	281,8	313,7	331,2	355,4	377,6	383,2	31,5	31,9	17,5	24,2	22,2	5,6
Einnahmen	464,4	509,0	541,1	582,0	621,8	648,5	51,3	44,6	32,1	40,9	39,8	26,7
Käufe bei Unternehmen ¹⁾	136,3	139,1	151,9	169,3	188,7	197,1	4,3	2,8	12,8	17,4	19,4	8,4
Personalausgaben, brutto ⁹⁾	125,0	133,4	141,8	151,9	164,1	173,9	6,5	8,4	8,4	10,1	12,2	9,8
Zinsausgaben	17,5	20,5	21,5	24,2	28,7	36,0	3,3	3,0	1,0	2,7	4,5	7,3
Übertragungen ²⁾	225,9	245,3	260,4	277,6	291,7	311,2	17,7	19,4	15,1	17,2	14,1	19,5
Ausgaben	504,7	538,3	575,6	623,0	673,2	718,2	31,8	33,6	37,3	47,4	50,2	45,0
Finanzierungssaldo	-40,3	-29,3	-34,5	-41,0	-51,4	-69,7	19,5	11,0	-5,2	-6,5	-10,4	-18,3
Übrige Welt												
Einfuhr der Bundesrepublik	283,4	301,1	310,8	369,8	433,7	480,9	39,6	17,7	9,7	59,0	63,9	47,2
Übertragungen der Bundesrepublik ²⁾	20,4	20,3	19,8	23,8	27,0	31,4	0,4	-0,1	-0,5	4,0	3,2	4,4
Einnahmen der übrigen Welt	303,8	321,4	330,6	393,6	460,7	512,3	40,0	17,6	9,2	63,0	67,1	51,6
Ausfuhr der Bundesrepublik	312,0	330,6	348,1	383,0	430,6	493,2	39,3	18,6	17,5	34,9	47,6	62,6
Finanzierungssaldo	-8,2	-9,2	-17,5	10,6	30,1	19,1	0,7	-1,0	-8,3	28,1	19,5	-11,0
Nachrichtlich:												
Produktionspotential, nominal ¹⁰⁾	1 164,4	1 233,3	1 313,4	1 406,5	1 519,6	1 624,7	60,3	68,9	80,1	93,2	113,1	105,1
Bruttosozialprodukt, nominal	1 125,0	1 200,6	1 290,7	1 398,2	1 491,9	1 552,0	90,1	75,6	90,1	107,5	93,7	60,1
Bruttosozialprodukt, real ¹¹⁾	792,0	814,5	843,5	880,8	896,7	893,6	39,7	22,5	29,0	37,3	15,9	-3,1

Fußnoten siehe Tabelle 1.1.

Tabelle 2.1

**Geldanlagen, Kreditaufnahme und Investitionen der Unternehmen
Bundesrepublik Deutschland**

	Zunahme bzw. Abnahme (-) der Aktiva und Passiva in Mrd. DM							
	1976	1977	1978	1979	1980*	1981*	76-78	79-81*
	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft							
Kurzfristige Forderungen darunter: Bargeld und Sichteinlagen an Ausland	15,0 2,0 12,7	14,5 7,3 7,0	20,3 13,7 6,5	12,5 1,2 11,2	17,8 5,3 12,4	12,2 -1,7 14,3	49,8 23,0 26,2	42,5 4,8 37,9
Längerfristige Forderungen darunter: Bankeinlagen an Ausland Wertpapiere	27,2 11,1 4,4 7,0	26,5 15,0 2,9 3,6	28,3 14,0 4,4 4,3	34,9 11,6 5,6 11,0	22,6 2,8 6,3 7,0	35,5 7,7 7,8 13,3	82,0 40,1 10,8 14,9	93,0 22,1 19,7 31,3
Sonstige Forderungen ¹⁾	17,8	16,7	20,5	15,3	21,0	32,0	55,0	68,3
I Forderungen, insgesamt	60,0	57,7	69,1	62,7	61,4	79,7	186,8	203,8
Kurzfristige Verpflichtungen darunter: gegenüber Ausland	16,5 7,4	22,0 13,4	10,8 0,3	25,8 0,5	40,3 17,1	48,5 29,6	49,3 21,1	114,6 47,2
Längerfristige Verpflichtungen darunter: mittelfristige Bankkredite langfristige Bankkredite Auslandskredite Wertpapiere	41,4 -0,2 23,3 0,4 6,5	36,3 -1,5 23,8 0,9 5,2	38,6 0,6 23,6 -0,5 5,0	41,2 2,8 23,9 -2,6 2,9	42,1 2,3 19,5 0,9 7,9	41,3 3,1 14,4 0,6 6,2	116,3 -1,1 70,7 0,8 16,7	124,6 8,2 57,8 -1,1 17,0
Sonstige Verpflichtungen ¹⁾	13,7	11,2	9,9	8,6	8,0	5,7	34,8	22,3
II Verpflichtungen, insgesamt	71,6	69,5	59,3	75,6	90,4	95,5	200,4	261,5
Eigenmittel ./. Bruttoinvestitionen	128,7 140,3	140,4 152,2	171,9 162,1	186,9 199,8	180,3 209,3	177,2 193,0	441,0 454,6	544,4 602,1
III Finanzierungssaldo (I ././ II)	-11,6	-11,8	+9,8	-12,9	-29,0	-15,8	-13,6	-57,7
	Wohnungswirtschaft							
I Kurzfristige Forderungen	0,5	1,0	1,5	1,7	2,0	2,0	3,0	5,7
Kurzfristige Verpflichtungen	-0,8	-0,3	0,3	0,7	3,0	1,7	-0,8	5,4
Längerfristige Verpflichtungen	28,5	36,0	47,7	59,0	58,4	55,2	112,2	172,6
Sonstige Verpflichtungen ¹⁾	0,1	0,0	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4	-0,2	-1,1
II Verpflichtungen, insgesamt	27,8	35,7	47,7	59,4	61,0	56,5	111,2	176,9
Eigenmittel ./. Bruttoinvestitionen	37,7 65,0	35,4 70,1	30,0 76,2	31,6 89,3	42,9 101,9	49,6 104,1	103,1 211,3	124,1 295,3
III Finanzierungssaldo (I ././ II)	-27,3	-34,7	-46,2	-57,7	-59,0	-54,5	-108,2	-171,2
Nachrichtlich: Selbstfinanzierungsquote ²⁾ der Unternehmen (o. Wohnungswirtschaft) der Wohnungswirtschaft	91,7 58,0	92,3 50,5	106,1 39,4	93,5 35,4	86,1 42,1	91,8 47,7	97,0 48,8	90,4 42,0

1) Als Rest ermittelt. - 2) Eigenmittel in vH der Bruttoinvestitionen.

* Vorläufig.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung des DIW.

Tabelle 2.2

**Geldanlagen und Kreditaufnahmen von privaten Haushalten, Staat und Ausland
Bundesrepublik Deutschland**

	Zunahme bzw. Abnahme (-) der Aktiva und Passiva in Mrd. DM							
	1976	1977	1978	1979	1980*	1981*	76-78	79-81*
	Private Haushalte							
Kurzfristige Forderungen	6,3	11,7	13,7	6,4	4,9	0,7	31,7	12,0
Längerfristige Forderungen	87,6	81,4	83,6	103,3	105,3	114,8	252,6	323,4
darunter: Termingelder	-0,3	2,6	4,0	17,1	21,9	28,4	6,3	67,4
Spareinlagen	35,0	27,5	29,8	13,8	8,9	0,7	92,3	23,4
Sparbriefe	10,4	13,3	10,2	14,7	17,6	14,3	33,9	46,6
Wertpapiere	18,9	12,6	11,3	27,1	25,1	37,1	42,8	89,3
Sonstige Forderungen ¹⁾	7,7	6,4	8,7	10,8	10,9	12,0	22,8	33,7
I Forderungen, insgesamt	101,6	99,5	106,0	120,5	121,1	127,5	307,1	369,1
Kurzfristige Verpflichtungen	3,3	3,9	3,6	4,6	4,6	2,2	10,8	11,4
Längerfristige Verpflichtungen	10,9	10,6	14,0	14,9	7,2	4,4	35,5	26,5
II Verpflichtungen, insgesamt	14,2	14,5	17,6	19,5	11,8	6,6	46,3	37,9
III Finanzierungssaldo (I ././ II)	87,4	85,0	88,4	101,0	109,3	120,9	260,8	331,2
	Staat							
Kurzfristige Forderungen	-8,8	-2,7	3,6	1,1	-3,2	0,1	-7,9	-2,0
Längerfristige Forderungen	9,5	5,6	5,7	4,3	9,9	11,9	20,8	26,1
Sonstige Forderungen ¹⁾	6,4	4,8	0,9	-2,5	-3,1	-6,3	12,1	-11,9
I Forderungen, insgesamt	7,1	7,7	10,2	2,9	3,6	5,7	25,0	12,2
Kurzfristige Verpflichtungen	-3,5	-0,3	-0,4	-0,4	2,4	12,0	-4,2	14,0
Längerfristige Verpflichtungen	50,9	37,3	45,1	44,3	52,6	63,4	133,3	160,3
darunter: mittelfristige Bankkredite	3,6	-3,1	5,3	4,6	2,9	15,5	5,8	23,0
langfristige Bankkredite	25,3	18,6	26,5	26,7	21,4	27,9	70,4	76,0
Auslandskredite	3,8	-0,1	0,2	0,4	22,8	25,0	3,9	48,2
Wertpapiere	15,5	19,9	11,7	7,7	2,1	-4,3	47,1	5,5
II Verpflichtungen, insgesamt	47,4	37,0	44,7	43,9	55,0	75,4	129,1	174,3
III Finanzierungssaldo (I ././ II)	-40,3	-29,3	-34,5	-41,0	-51,4	-69,7	-104,1	-162,1
	Übrige Welt							
Kurzfristige Forderungen	15,1	17,4	11,1	6,1	18,9	35,3	43,6	60,3
Längerfristige Forderungen	19,1	10,1	20,5	31,9	35,6	37,9	49,7	105,4
I Forderungen, insgesamt	34,2	27,5	31,6	38,0	54,5	73,2	93,3	165,7
Kurzfristige Verpflichtungen	23,2	13,5	25,2	6,3	-5,2	26,7	61,9	27,8
darunter: Devisen der Bundesbank gegenüber Banken	8,9	10,4	19,7	-4,9	-28,0	-3,2	39,0	-36,1
	1,6	-3,9	-0,7	0,1	10,4	15,0	-3,0	25,5
Längerfristige Verpflichtungen	19,2	23,2	23,9	21,1	29,6	27,4	66,3	78,1
darunter: gegenüber Banken	11,1	11,1	11,1	7,7	11,3	8,5	33,3	27,5
II Verpflichtungen, insgesamt	42,4	36,7	49,1	27,4	24,4	54,1	128,2	105,9
III Finanzierungssaldo (I ././ II)	-8,2	-9,2	-17,5	10,6	30,1	19,1	-34,9	59,8

Fußnoten siehe Tabelle 2.1 .

ist das westdeutsche Defizit auch durch den Einsatz von Währungsreserven der Bundesbank finanziert worden.

Einengung der Unternehmensfinanzierung durch Staatsdefizite?

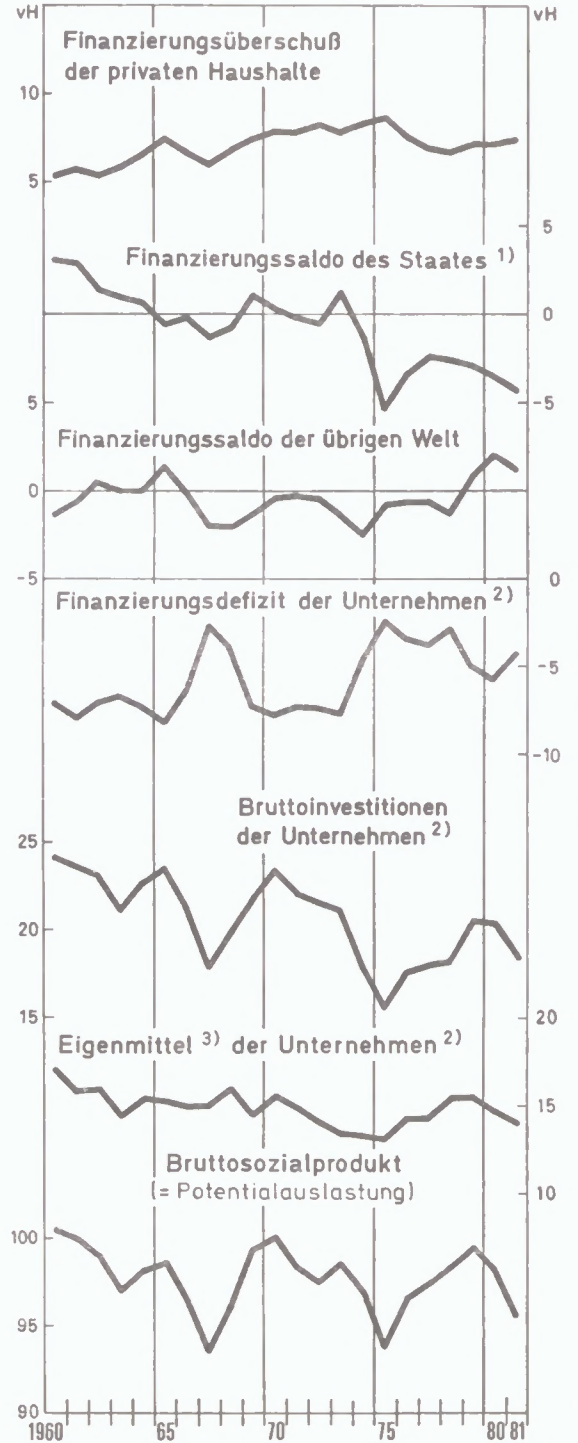
Ein langfristiger Vergleich der Finanzierungssalden zeigt einige charakteristische Beziehungen (vgl. Abbildung „Finanzierungssalden . . .“). Bei einigermaßen stetig verlaufenden Finanzierungsüberschüssen der privaten Haushalte bewegen sich die Finanzierungsdefizite der Unternehmen meist invers zu den Finanzierungssalden der übrigen Welt, aber auch des Staates. Ebenfalls recht eng ist der Zusammenhang mit den Investitionen: Hohen (niedrigen) Finanzierungsdefiziten der Unternehmen stehen hohe (niedrige) Investitionen gegenüber.

Diese „saldenmechanischen“ Beziehungen werden oft in kausalanalytisch fragwürdiger Weise interpretiert: In den letzten Jahren habe der Staat zuviel private Ersparnisse absorbiert und den Unternehmen vorenthalten. Der Einwand, daß der Staat – wie dargelegt – 1980 und 1981 die Kapitalmärkte durch die Änderung der Struktur seiner Kredite geschont hat, wird als sekundär abgetan. Entscheidend sei nicht die Fristenstruktur, sondern das Volumen der Staatskredite. Hätte nämlich – so wird argumentiert – der Staat zum Beispiel in den beiden letzten Jahren seine Defizite über Minderausgaben energisch gekürzt, so wären Geldersparnisse der privaten Haushalte und des Auslandes „freigesetzt“ worden, die als zusätzliches Kreditangebot die Zinsen gedrückt und Mehrinvestitionen angeregt hätten. Insoweit habe der Staat also in den letzten Jahren erheblich zur Investitionsschwäche beigetragen.

Mit dieser These werden einzelwirtschaftlich richtige Aussagen – weniger Kreditnachfrage senkt die Zinsen – in unzulässiger Weise verallgemeinert. Tatsächlich hätte eine Kürzung der Defizite und des Kreditbedarfs des Staates kein entsprechendes Überangebot auf den Kreditmärkten geschaffen, sondern nur den „unfreiwilligen“ Kreditbedarf der Unternehmen noch vergrößert. Denn mit der Kürzung der Staatsausgaben wären auch die Einnahmen und die Nettogewinne der Unternehmen gedrückt worden. Zwar wären in diesem Prozeß vermutlich auch die Zinsen gesenkt worden, dies hätte aber die Investitionen nicht entscheidend angeregt. So gesehen war die Hinnahme steigender Staatsdefizite während der Rezession durchaus konjunkturgerecht; sie trug dazu bei, daß der mit den Leistungsbilanzdefiziten entstandene, ohnehin starke Zwang zur Verschuldung der Unternehmen nicht noch verschärft wurde.

FINANZIERUNGSSALDEN DER SEKTOREN UND PRIVATE INVESTITIONEN BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

In vH des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials zu jeweiligen Preisen



1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. —
2) Einschl. Wohnungswirtschaft. — 3) Unverteilte Gewinne, Vermögensübertragungen, Abschreibungen.

Diese Zusammenhänge werden im Spiegel der Aufwands- und Ertragsrechnung für die Unternehmen noch deutlicher (vgl. Tabelle 1.1): In den letzten sechs Jahren sind die Nettogewinne der Unternehmen (einschließlich der Wohnungswirtschaft) zwar ständig gestiegen; in den beiden letzten Jahren ist der Zuwachs aber erheblich geschrumpft. Bei kräftig gestiegenen Entnahmen — hierin spiegelt sich die Zunahme der Vermögenserträge privater Haushalte wider — nahmen die unverteilter Gewinne fühlbar ab. Vorbote dieser Entwicklung war die durch die Rohölverteuerungen bedingte exorbitante Zunahme der nominalen Einfuhren im Jahre 1979; die von dieser Seite ausgehende Mehrbelastung schwächte sich erst 1981 ab. Ebenfalls, wenn auch erheblich weniger, beschleunigte sich der Anstieg der Personalausgaben. Diese Mehraufwendungen wurden zunächst durch Mehrerträge weit überkompensiert: Der private Verbrauch, die staatlichen Käufe bei Unternehmen und — noch ausgeprägter — die Einfuhren expandierten 1979 und 1980 rascher als vorher. Am stärksten schlug 1979 jedoch die Zunahme der Erträge aus dem Absatz von Gütern an inländische Investoren zu Buche. Doch schon 1980 wendete sich das Blatt. Die Investitionen nahmen nur noch verlangsamt zu, 1981 wurden sie sogar spürbar reduziert. Im gleichen Jahre ließ zwar auch die zusätzliche Kostenbelastung (Personalausgaben, Einfuhren) nach, die von den Unternehmen zu entrichtenden indirekten und direkten Steuern stagnierten sogar; aber auch die Ausgaben der privaten Verbraucher und die Käufe des Staates wurden erheblich weniger ausgeweitet.

Unter diesen Umständen wären die Ertragslage und damit auch die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten noch schlechter gewesen, wenn der Staat die Expansion seiner Ausgaben stärker eingeschränkt hätte. Eine Kürzung der zusätzlichen Käufe bei den Unternehmen wäre — von der Minderbelastung mit indirekten Steuern abgesehen — voll auf die Gewinne durchgeschlagen. Eine Reduktion der zusätzlichen Personalausgaben des Staates (Tabelle 1.2) hätte den Absatz von Verbrauchsgütern und damit die Unternehmensgewinne dagegen nur teilweise beeinträchtigt, denn mit den Einkommen im öffentlichen Dienst wären auch die Abgaben an den Staat (Sozialbeiträge, Lohnsteuern, Mehrwert- und sonstige indirekte Steuern), die Ersparnisbildung der privaten Haushalte und die Einfuhren von Verbrauchsgütern geringer gewesen. Immerhin hätte die oft geforderte einschneidende Kürzung der zusätzlichen Staatsausgaben die Bauwirtschaft und das Verbrauchsgütergewerbe gezwungen, ihre Produktion, ihre Beschäftigung und ihre Investitionen noch mehr einzuschränken — mit der Folge weiterer Gewinneinbußen. Dieser Schrumpfungsprozeß hätte

nur verhindert werden können, wenn an anderer Stelle die Investitionen um so stärker gestiegen wären. Dies aber hätte vorausgesetzt, daß mit der Reduzierung des Staatsdefizits die Zinsen sehr rasch und sehr stark gesunken wären und ohne Verzögerung die Investitionsneigung gestärkt hätten.

Für eine solche Entwicklung spricht freilich kaum etwas. Denn mit der Kürzung des Staatsdefizits hätten die Unternehmen *uno actu* höhere Finanzierungsdefizite hinnehmen müssen; sie hätten also mehr Kredite nachfragen und auf ihre finanziellen Reserven zurückgreifen müssen. Dies bedeutet nicht, daß dabei die Zinssätze unverändert hätten bleiben müssen. Sie wären gesunken, wenn zum Beispiel einerseits der Staat beim Rückgang seines Defizits seine langfristigen Schulden vermindert hätte und andererseits die Unternehmen ihre erhöhten Defizite nicht mit langfristigen Krediten gedeckt, sondern kurzfristige Kredite aufgenommen und liquide Geldanlagen aufgelöst hätten. Von diesem „Primäreffekt“ auf das Zinsniveau müssen die zinsenkenden „Sekundäreffekte“ unterschieden werden: Mit der Verminderung der wirtschaftlichen Aktivität, die durch die Sparpolitik des Staates ausgelöst wird, werden auch die Zinsen gedrückt. Die Kreditnachfrage der Wirtschaft für Investitionszwecke läßt nach. Die Expansion der Bestände an Bargeld und reservenpflichtigen Bankeinlagen schwächt sich ab, und über die Verminderung des Bargeldbedarfs privater Haushalte und eine Verringerung des Reservesolls der Kreditinstitute wird die Bankenliquidität angereichert, so daß auch von dieser Seite her Zinssenkungen angeregt werden. Schließlich geht das Zinsniveau deshalb zurück, weil die Inflationsrate und die Inflationserwartungen gedämpft werden. Doch diese rezessionsbedingte Zinssenkung kann wohl kaum gemeint sein, wenn man von einer Verringerung des Staatsdefizits eine Entspannung der Kapitalmärkte und Anregungen auf die Investitionen erwartet.

Worauf es ankommt, ist lediglich der von der Kürzung des Staatsdefizits erhoffte unmittelbare Zinssenkungseffekt, der sich, wie dargestellt, über eine Änderung der Struktur von Krediten und Anlagen vollzieht. Dieser Primäreffekt ist aber nicht allzu hoch zu veranschlagen⁴. Diese Vermutung wird durch Simulationsrechnungen mit dem ökonomischen Konjunkturmodell der Wirtschaftsforschungsinstitute (DIW-Version) gestützt: Wenn — bei unveränderter Geldpolitik der Bundesbank — der Staat zum Beispiel 1980 für Bauinvestitionen 10 Mrd. DM weniger ausgegeben hätte, als er tatsächlich ausgegeben

⁴ Reinhard Pohl: Staatsdefizite, Kreditmärkte und Investitionen. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. Heft 4-1981.

hat, wäre das Kapitalzinsniveau im Durchschnitt von 1980 um knapp einen halben Prozentpunkt niedriger gewesen, als es tatsächlich war. In dieser Zinssenkung schlagen sich allerdings zum großen Teil die kontraktiven Sekundärwirkungen der staatlichen Sparmaßnahmen nieder. Daraus folgt, daß die Pri-

märwirkungen auf das Zinsniveau noch geringer waren. Diese Form staatlicher Konsolidierungspolitik hätte über die Finanzmärkte keine nennenswerten Impulse auf die Investitionstätigkeit ausgelöst, dafür aber über die Gütermärkte die Rezession noch verschärft.

Neue Perspektiven für das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu Lateinamerika?

In der Außenhandels- und Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft hat Lateinamerika bisher eine Schattenrolle gespielt. Mit fast allen anderen Wirtschaftsräumen und Ländergruppen, die in der Außenhandelsstatistik unterschieden werden, verzeichnete die EG sowohl vor als auch nach ihrer ersten Erweiterung ein deutlich dynamischeres Außenhandelswachstum als mit Lateinamerika. Mithin sind dessen Anteile an den Exporten wie Importen der EG im Laufe der Jahre kontinuierlich zurückgegangen.

Diese Entwicklung ist von lateinamerikanischer Seite mit wachsendem Nachdruck auf allen internationalen Ebenen zur Sprache gebracht und vor allem mit diskriminierender EG-Politik gegenüber Lateinamerika erklärt worden. So auch kürzlich vor dem Außenwirtschaftsausschuß des Europäischen Parlaments, der daraufhin Analysen der interregionalen Handelsbeziehungen in Angriff genommen hat¹. In die gleiche Richtung zielen Arbeiten der EG-Kommission², die sich in letzter Zeit zudem um einen Ausbau ihrer Zusammenarbeit mit Lateinamerika bemüht und auch beginnt, sich mit den Implikationen des geplanten EG-Beitritts von Spanien und Portugal für das europäisch-lateinamerikanische Verhältnis zu beschäftigen. Insgesamt dürften sich die hochgesteckten Erwartungen Lateinamerikas wohl kaum erfüllen.

Inkongruente Positionen

In der Klage über „unangemessene Behandlung“ Lateinamerikas durch die EG, wie sie anlässlich der Anhörung bei der EG akkreditierter Botschafter mehrerer süd- und mittelamerikanischer Staaten vor dem Außenwirtschaftsausschuß des Europa-Parlaments formuliert wurde, schwingen mehr als nur handelspolitische Aspekte mit. Vielmehr hat sich in Lateinamerika seit langem die Überzeugung verfestigt, auch entwicklungspolitisch in ungerechtfertigter Weise benachteiligt und darüber hinaus — ungeachtet teilweise enger Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene und in einzelnen Bereichen — in seinem wirtschaftlichen wie auch politischen Gesamtpotential von der EG nicht hinreichend gewürdigt zu werden.

Dies wird, mit freilich durchaus unterschiedlichen Akzenten bei einzelnen Ländern und Interessengruppen, als um so schmerzlicher empfunden, als sich Lateinamerika seit längerem um Emanzipation

gegenüber den USA bemüht und in der EG einen Wunschpartner für die Diversifizierung seiner außenwirtschaftlichen und auch politischen Beziehungen sieht. Dies wird bestärkt durch historische und kulturelle Affinitäten der lateinamerikanischen Führungsschichten zu Europa sowie durch das Vorbild der Europäischen Gemeinschaft für viele integrative Strömungen in Lateinamerika.

Die EG hat sich bislang nicht in der Lage gesehen, im Rahmen ihrer eigenen Prioritäten und der im übrigen begrenzten Gemeinschaftskompetenzen den weitgespannten lateinamerikanischen Ambitionen auch nur halbwegs zu entsprechen. Sie besitzt weder maßgebliche außenpolitische Kompetenz noch entscheidende Zuständigkeiten für so bedeu-

¹ Vgl. VWD: Europa, Politik—Wirtschaft—Recht, Nr. 42/82 vom 3. März 1982, A/II/2.

² Eurostat, Analysis of Trade Between the European Community and the Latin American Countries, 1965—1980, Luxemburg/Brüssel 1981.

tende Sektoren der internationalen Wirtschaftsbeziehungen wie Finanzmärkte, Direktinvestitionen und sonstige, in der Regel nationalstaatliche und privatwirtschaftliche Formen der Kooperation z. B. im Rohstoff-, Energie- oder Industriebereich. In dieser Hinsicht kann im übrigen von einem mangelnden europäischen Interesse oder gar einer Diskriminierung Lateinamerikas gegenüber anderen Partnern am wenigsten die Rede sein; hier bildet Lateinamerika vielfach sogar eine Schwerpunktregion vor allem des privaten europäischen Engagements in Übersee.

Im Rahmen der demgegenüber voll unter Gemeinschaftskompetenz fallenden Handelspolitik sowie auch ihres entwicklungspolitischen Spielraums — die Europäische Gemeinschaft vergibt rund 10 vH der gesamten Entwicklungshilfe der EG-Länder — gelten allerdings seit Beginn der europäischen Integration Prioritäten, nach denen Lateinamerika nur eine Außenseiterrolle zufällt.

So konzentrierte sich die gemeinschaftliche Außenwirtschaftspolitik stets auf die geopolitische Nachbarschaft und auf die Nachfolgestaaten bzw. Restbestände überseeischer Besitzungen der Mitgliedsländer. Daraus resultierten neben der Freihandelsvereinbarung mit den EFTA-Ländern³ ein breites Spektrum von Assoziations-, Handels- und Kooperationsabkommen mit den Anrainerstaaten des Mittelmeeres sowie eine Serie einander ablösender Assoziations- und Kooperationsabkommen mit den inzwischen 62 AKP-Ländern (das sind fast alle schwarzafrikanischen, aber auch einige pazifische und karibische Staaten).

Inbesondere in den den AKP-Ländern eingeräumten, weitgehenden handelspolitischen Vergünstigungen — zollfreier Zutritt zum Gemeinsamen Markt für alle Industrie- und die meisten Agrarprodukte — haben die lateinamerikanischen Länder immer eine außerordentliche Benachteiligung ihrer eigenen Exporte gesehen. Das von der EG 1971 eingeführte und seither erweiterte System Allgemeiner Zollpräferenzen (APS) für Importe aus allen Entwicklungsländern, also auch aus jenen, mit denen die EG im übrigen keine präferenziellen Beziehungen pflegt, wurde von Lateinamerika (wie auch von anderen „Drittländern“) nie als angemessener Ausgleich gewertet. Dies auch angesichts der Tatsache, daß die Produktions- und Exportstrukturen der meisten lateinamerikanischen Länder — obwohl sie als relativ fortgeschritten gelten — noch überwiegend agrar- und rohstoffwirtschaftlich ausgerichtet sind. So können diese Länder die im APS vor allem für Industriegüter eingeräumten Zollvorteile vielfach noch nicht so nutzen wie einige der stärker auf Industriegüterexporte orientierten Entwicklungsländer Asiens.

Nicht ohne Eifersucht hat Lateinamerika ferner beobachtet, daß die EG ihre Außenwirtschaftspolitik auch gegenüber anderen Wirtschaftsräumen bzw. Partnergruppen länderübergreifend konzipiert und zum Teil auch institutionalisiert hat. Dies um so mehr, als die Europäische Gemeinschaft ihr entwicklungspolitisches Instrumentarium sowie sonstige Förderungsmaßnahmen weitgehend in diese Konzepte einpaßt. So ist zu der AKP- sowie der 1972 konzipierten „Mittelmeerpolitik“ im Jahr 1973 der Euro-Arabische-Dialog (EAD) hinzugetreten, ferner die ebenfalls schon Mitte der siebziger Jahre angebaute Zusammenarbeit mit der ASEAN-Ländergruppe⁴.

Zwar ist die sog. Mittelmeerpolitik der EG nur eine deklaratorische Klammer um ein im übrigen vielfältig ausgestaltetes Nebeneinander bilateraler Einzelabkommen; und der EAD hat bisher wenig Substantielles gebracht (Erdölfragen blieben von Anfang an unbehandelt). Schließlich geht die Zusammenarbeit mit den ASEAN-Ländern auf der Basis des 1980 geschlossenen Kooperationsabkommens nicht viel weiter als das, was auch der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt⁵ oder die Länder des Andenpaktes⁶ mit der EG schon hätten vereinbaren können, hätten nicht politische Probleme auf Seiten der lateinamerikanischen Partner die Bereitschaft der EG zu einem stärkeren Engagement gehemmt.

Dennoch ist auf lateinamerikanischer Seite eine gewisse Verbitterung aus dem Eindruck entstanden, trotz permanenten Werbens um übergreifende interregionale Partnerschaft bei der EG nicht die Aufmerksamkeit gefunden zu haben, die sie anderen Ländergruppen entgegengebracht hat. Dabei wirkt das Argument, Lateinamerika sei zu heterogen, um ein länderübergreifendes Kooperationskonzept zu rechtfertigen, für sich allein nicht überzeugend: Lateinamerika bildet bei aller Vielfältigkeit seiner ethnischen, kulturellen, politischen und anderen nationalen Faktoren gewiß keine heterogenere Ländergruppe als etwa die 62 AKP-Staaten, die Mittelmeerländer oder selbst die fünf ASEAN-Partner.

Immerhin gibt es seit 1971 einen interregionalen Konsultationsmechanismus bei der EG-Kommission auf Botschafterebene. Er dient im wesentlichen dem Austausch von Informationen und der wechselseitigen Darlegung von Standpunkten und hat die

³ Island, Finnland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und Schweiz.

⁴ Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand.

⁵ Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua.

⁶ Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela.

fundamentale Inkongruenz der beiderseitigen Interessenlagen sowie der Interpretation von Kooperationspielräumen deutlich zutage treten lassen. Diese Inkongruenz ist auch nicht dadurch gemindert worden, daß die EG-Kommission stets ihr Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zu Lateinamerika versicherte, ihre Präferenzpolitik und namentlich ihre finanziellen Leistungen gegenüber den AKP-Ländern mit deren Entwicklungsrückstand rechtfertigte, die negativen Auswirkungen jener Politik auf Lateinamerika mit einleuchtenden Argumenten relativierte⁷ und schließlich auch auf einige handels- und entwicklungspolitische Maßnahmen zugunsten Lateinamerikas verwies. Vielmehr haben diese Stellungnahmen auf die lateinamerikanischen Partner eher zynisch gewirkt, solange das faktische Engagement der EG insgesamt marginal blieb und manche Maßnahmen auch eher den Eindruck eines Alibis vermittelten als den eines grundsätzlich erhöhten Stellenwertes der Region in der gemeinschaftlichen Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik⁸.

Zunehmende Aufmerksamkeit der EG

Dennoch ist nicht zu verkennen, daß sich die EG-Kommission in jüngster Zeit dezidiert um eine konstruktive Gestaltung der Beziehungen zu Lateinamerika bemüht als zuvor. Das jetzt mit Brasilien vereinbarte Rahmenabkommen, das zugleich als Muster für Vereinbarungen mit anderen Ländern der Region dienen soll, enthält deutlich mehr als die früher mit Argentinien (1971), Uruguay (1973), Brasilien (1974) und mit Mexiko (1975) geschlossenen Abkommen. Bei jenen handelte es sich lediglich um nichtpräferenzielle Handelsvereinbarungen für jeweils wenige Produkte (im Falle Mexikos durch Absprachen über einige handelsfördernde wirtschaftliche Maßnahmen ergänzt), und die vorgesehenen Konsultationen wurden von der EG gelegentlich eklatant mißachtet⁹. Nunmehr werden Aspekte der industriellen Kooperation, des Technologietransfers u. a. in die Vereinbarungen einbezogen, und es sind effizientere Mechanismen der Information und Konkretisierung der Zusammenarbeit in den verschiedenen Sektoren vorgesehen.

Darüber hinaus ist die EG-Kommission dabei, neue Formen und effizientere Instrumente für die Zusammenarbeit im zentralamerikanischen und im karibischen Raum auszuarbeiten. Dies wohl zunächst einmal deshalb, weil sie im Rahmen des AKP-Abkommens bereits mit mehreren karibischen Staaten engere Beziehungen pflegt und die damit verbundene Diskriminierung von Nicht-AKP-Ländern in Mittelamerika besonders augenfällig wird. Ferner erbringt der Mitteleinsatz in diesen Klein- und Kleinststaaten eher noch einen spürbaren Effekt als

in den weiten Räumen Südamerikas. Zwar macht die gemeinschaftliche Entwicklungshilfe in Lateinamerika nach wie vor nur einen minimalen Anteil ihrer gesamten Entwicklungshilfe aus, doch ist sie für mittelamerikanische Staaten in den letzten Jahren kontinuierlich aufgestockt worden.

Wichtigere Anstöße für ein aktiveres Engagement der EG kommen aber aus der politischen Sphäre: Die aktuellen Ereignisse vor allem in Mittelamerika sowie die durch sie geschärfte Einsicht in die Dringlichkeit, mit Hilfe wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsprogramme einer weiteren Destabilisierung der Region entgegenzuwirken, fordern eine verstärkte europäische Präsenz heraus, nachdem deutlich geworden ist, daß die dortigen Konflikte nicht mehr ausschließlich interamerikanische Implikationen haben.

Freilich manifestiert sich diese politische Aufmerksamkeit primär in den einzelnen Mitgliedsstaaten sowie auch in überstaatlichen Gremien außerhalb der Gemeinschaftsorgane, und dies auch in divergierender Form, Richtung und Intensität. Das gleichwohl einheitliche und entscheidende Motiv der gesteigerten politischen Aufmerksamkeit in Europa ist das fundamentale Interesse an einer demokratischen Entwicklung in jener Region.

Wird dieser Faktor auf der Ebene der EG-Kommission nur in stark abgeschwächter Weise wirksam, so kommt er im Europäischen Parlament unmittelbar und voll zur Geltung. So hat sich das Parlament der demokratischen Sache in Lateinamerika inzwischen mehrfach und engagiert angenommen. Insbesondere im Rahmen interparlamentarischer Konferenzen¹⁰ haben die europäischen Abgeordneten seit der ersten Hälfte der siebziger Jahre die lateinamerikanischen Bestrebungen zu mehr Demokratie und mehr Achtung der Menschenrechte unterstützt und sind damit zugleich dem kontinentalen Selbstverständnis der demokratischen Kräfte Lateinamerikas entgegengekommen. Zugleich setzten sich die Europa-Parlamentarier immer auch nachdrücklich für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu

⁷ Vgl. das Resümee zur Diskriminierungsdiskussion bei Guido Ashoff, Lateinamerika und die Europäische Gemeinschaft — Bilanz und Perspektiven der Außenwirtschaftsbeziehungen, in: Klaus Lindenberg (Hrsg.), Lateinamerika — Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit, Bonn 1980, S. 409 ff.

⁸ Die auch Lateinamerika zugute kommenden Zollpräferenzen im Rahmen des APS begünstigen alle Entwicklungsländer, nicht spezifisch die lateinamerikanischen.

⁹ So stoppte die EG 1974 ohne Ankündigung die Rindfleischimporte aus Argentinien; betroffen waren auch Uruguay und Brasilien.

¹⁰ 1974 in Bogotá, 1975 in Luxemburg, 1977 in Mexiko, 1979 in Rom, 1981 in Bogotá.

Lateinamerika ein. Durch ihr Drängen haben sie die allmähliche Ausweitung des wirtschafts- und entwicklungspolitischen Engagements der Gemeinschaft gegenüber Lateinamerika maßgeblich mitbewirkt.

Implikationen der EG-Süderweiterung

Eine gänzlich neue Qualität dürfte das europäisch-lateinamerikanische Verhältnis aber vor allem durch den geplanten EG-Beitritt Spaniens und Portugals erhalten. Die damit verbundenen Konsequenzen für die Beziehungen sind zwar im einzelnen noch nicht zu übersehen; evident ist jedoch, daß die EG-Süderweiterung neben einem starken Impuls für die gegenseitige Annäherung auch Elemente für eine Komplizierung des Verhältnisses mit sich bringt.

Eine Annäherung wird aus der Brückenfunktion der Beitrittsländer zu Lateinamerika erwachsen. Eine solche Funktion wird insbesondere von Spanien wahrgenommen und ist seit der dort wiedererwonnenen Demokratie systematisch auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene wiederbelebt worden. Dieses besondere Verhältnis, dessen Intensität und vor allem „Belastbarkeit“ schwer abschätzbar sind, dürfte allerdings durch die Einbindung der iberischen Länder in die Gemeinschaftspolitik gegenüber Drittländern beeinträchtigt werden.

So lehnt es die EG bisher ab, die iberisch-lateinamerikanischen Beziehungen im Rahmen der erweiterten EG mit einem Sonderstatus für Lateinamerika zu honorieren. In der Tat können diese Beziehungen nicht mit jenen Frankreichs zu seiner *Communauté* oder Großbritanniens zu seinem *Commonwealth* gleichgesetzt werden. Insbesondere bestehen zwischen den iberischen Ländern und Lateinamerika nicht jene handelspolitischen Präferenzregelungen, die Frankreich und Großbritannien (wie auch Belgien und Holland) traditionell zu ihren ehemaligen Kolonien unterhielten und die sie in die Gemeinschaft einbrachten. Dabei ist auch zu beachten, daß die EG große Nachfolgestaaten früherer Kolonien, so vor allem Indien, Pakistan, Bangladesch und Indonesien, aber auch die Länder des ehemals französischen Indochina nicht in Assoziierungs- bzw. AKP-Vereinbarungen einbezogen hat¹¹.

So werden Lateinamerika — ebenso wie anderen nicht-präferenzierten Drittländern — statt handelspolitischer Vorteile eher Nachteile aus der Süderweiterung erwachsen. Denn abgesehen von seiner verschlechterten Wettbewerbsposition auf den iberischen Märkten gegenüber den europäischen Industrieländern und den AKP-Ländern wird sich — *ceteris paribus* — der außenwirtschaftliche Handlungsspielraum der Gesamtgemeinschaft gegenüber Drittländern verengen:

- Im agrarischen Sektor wird der ohnehin enge Rahmen für die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch erhöhte Selbstversorgung der EG weiter beschränkt¹². Im Industriebereich werden sich bereits aufgebrochene Branchenstrukturkrisen verschärfen und die Tendenzen zu vermehrter Protektion gegen Drittländerimporte (namentlich Textilien, Bekleidung, Lederwaren, Stahl) verstärken.
- Der außenwirtschaftliche Handlungsspielraum der EG wird gerade gegenüber nicht präferenzierten Ländern um so enger, je mehr sich die Gemeinschaft genötigt sieht, die übrigen mediterranen Länder, denen sie im Rahmen ihrer Mittelmeerpolitik Vorteile einräumt, durch neue Vergünstigungen für die Nachteile zu entschädigen, die diese durch die Süderweiterung erleiden. Dies um so mehr, als vor allem die nordafrikanischen und mittelöstlichen Maghreb- und Mashrek-Länder¹³ schon jetzt über mangelnde Vorteile aus den derzeitigen Präferenzregelungen klagen.

Es ist also mit einer eigentümlichen Doppelgleisigkeit in der Entwicklung der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen zu rechnen: Bei außenpolitisch erhöhtem Stellenwert wird Lateinamerika handelspolitisch noch stärker in eine Außenseiterposition geraten. Zwar ist es nicht ausgeschlossen, daß sich im Zuge der Süderweiterung Reformimpulse in der Gemeinschaft durchsetzen, die schon längst auf eine Abkehr vom bisher geltenden System der Agrarmarktordnungen drängen. Oder auch, daß Tendenzen zu verstärktem Protektionismus unter Kontrolle gehalten werden und eine weitere außenwirtschaftliche Liberalisierung trotz verschärfter Strukturprobleme in der Gemeinschaft herbeigeführt wird. Schließlich auch, daß die EG ihre unterschiedliche Handels- und Entwicklungspolitik gegenüber mehr oder minder bevorzugten Ländergruppen weniger akzentuiert oder gar vereinheitlicht. Aber dies sind derzeit wenig realistische Perspektiven.

Wege der Konfliktminderung

Es gibt allerdings Möglichkeiten, dieses Dilemma zu mildern oder auch zu überspielen:

¹¹ Größtes Land der AKP-Gruppe ist Nigeria mit rd. 77 Mill. Menschen, das sind 23 vH der gesamten AKP-Bevölkerung. Im übrigen sind auch einige ehemalige spanische und portugiesische Kolonien in die AKP-Vereinbarungen aufgenommen worden.

¹² Vermutlich verstärkt durch die Effekte einer marktordnungsinduzierten Produktionsausweitung agrarischer Überschußprodukte, die als EG-Export eine zusätzliche Konkurrenz für Drittländer bilden.

¹³ Maghreb: Algerien, Marokko, Tunesien; Mashrek: Ägypten, Jordanien, Libanon, Syrien.

- Offenbar gibt es trotz handelspolitischer Benachteiligung Lateinamerikas in vielen lateinamerikanischen Ländern einigen ungenutzten Spielraum für zusätzliche Ausfuhren in die EG. Dies zeigt sich vor allem daran, daß einzelne Länder (Brasilien, Kolumbien, Haiti) ihre Exporte in die EG durchaus zügig ausgeweitet haben, ohne daß dabei Erdöl oder Industrierohstoffe eine größere Rolle spielten, die in anderen Fällen (z. B. bei Mexiko und Chile) eine überdurchschnittliche Ausfuhrentwicklung ermöglicht haben.
- Im Rohstoff- und Energiebereich, wo Lateinamerika über bedeutende Ressourcen verfügt, bestehen keine Importbarrieren auf dem EG-Markt und zugleich beträchtliche Kooperationsinteressen. Hier ist auf supranationaler Ebene eine Zusammenarbeit der EG mit der lateinamerikanischen Energie-Organisation (OLADE) angebahnt worden. Im wesentlichen werden hier aber ebenso die nationalstaatlichen Zuständigkeiten und privatwirtschaftlichen Initiativen ausschlaggebend bleiben wie bei Direktinvestitionen sowie Kredit- und anderen Finanzbeziehungen, die schon bisher florierten und in Zukunft noch intensiviert werden dürften. Dies freilich in Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Fortschritt in Lateinamerika, der gerade dort oft genug hinter dem Erreichbaren zurückbleibt.
- Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die unausgeschöpften Möglichkeiten der regionalen Integration. Das im Prinzip gerechtfertigte, in seinem Ausmaß aber überzogene und daher stets frustrierte lateinamerikanische Verlangen um intensivere Kooperation mit der EG wäre mit Sicherheit erfolgreicher, wenn die Integration in Lateinamerika entschiedener betrieben und effizienter gestaltet würde. Und in dem Maße, wie Lateinamerika durch eigene Integrationsfortschritte gestärkt würde, könnte sich auch sein Bedürfnis nach Kooperation mit der EG relativieren.
- In die gleiche Richtung dürfte sich die Intensivierung lateinamerikanischer Beziehungen auch zu weiteren Partnern wie Japan, den arabischen Staaten, anderen Regionen der Dritten Welt und den Staatshandelsländern auswirken. Eine derartige Umorientierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen ist von lateinamerikanischer Seite im Zuge des in der Tat wenig ergiebigen „Dialogs“ mit der EG gelegentlich als eine den europäischen Interessen wohl abträgliche Option angedroht worden. Zweifellos wäre der Ausbau anderer Beziehungen eine sinnvolle Politik, und zwar um so mehr, als dadurch das Verhältnis der EG zu Lateinamerika vermutlich weniger gestört als vielmehr entlastet würde.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 8 29 11 — Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Beansprucht der Staat zu viel private Ersparnisse? Bearbeitet von Reinhard Pohl. —
Neue Perspektiven für das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu Lateinamerika? Bearbeitet von Hans J. Petersen.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.